

Stadt Schwabach
Herrn Oberbürgermeister Peter Reiß

91126 Schwabach

STADTRATSFRAKTION

Christine Krieg
Klaus Neunhoeffter
Fraktionsvorsitzende

Petra Novotný
Bürgermeisterin

Irina Falck
Karin Holluba-Rau
Nadine Neumann
Bernhard Spachmüller
Dr. Sabine Weigand MdL
Bugra Yilmazel
Stadtratsmitglieder

Schwabach, 08.02.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden **Antrag**:

Die Stadtverwaltung leistet die notwendigen Vorarbeiten (Satzungsentwurf) zur
Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer nach Tübinger Modell.

Für das Gebiet der Stadt Schwabach wird eine Verpackungssteuer erhoben. Diese gilt für nicht wieder verwendbare Verpackungen sowie nicht wieder verwendbares Geschirr und Besteck, sofern darin Speisen und Getränke für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als take-away-Gericht bzw. -Getränk verkauft werden.

Begründung

Mit Beschluss vom 27.11.2024 hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts eine Verfassungsbeschwerde gegen die Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer zurückgewiesen.

Der Deutsche Städtetag spricht in Bezug auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in einer Presseerklärung vom 22.01.2025 von „eine[r] wichtige[n] Entscheidung für die Städte“.

Einwegverpackungen für Speisen und Getränke sorgen in allen Städten, so auch in Schwabach, für Müll. Dieser verursacht in der Entsorgung erheblichen Aufwand und Kosten. Mit den Einnahmen aus der Verpackungssteuer können diese zumindest in Teilen ausgeglichen werden.

Ziel ist die steuernde Wirkung auf die Endverkäufer zum Verzicht auf den Einsatz der nicht wiederverwertbaren Verpackungen.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Neunhoeffter, Christine Krieg – Fraktionsvorsitzende